

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) Ich rufe die nächste Position auf:

Stellenpläne

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Bensmann, Fraktion der CDU, das Wort.

Peter Bensmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorletzten Tagesordnungspunkt behandeln wir das Thema Personalausgaben. Das sind 35,8 Milliarden DM, 2,5 % mehr als im letzten Jahr. Darin sind enthalten Pensionsleistungen von 6,2 Milliarden DM, eine überproportionale Steigerung wie in all den Jahren. Das ist eine Personalausgabenquote von 39,6 % und eine Personalsteuerquote von 51,3 %. Im letzten Jahr waren es noch knapp 50 %. Das heißt, 51,3 % aller Steuern, die wir einnehmen, geben wir für unser Personal aus. Dieses alles bedeutet ein Plus vor den Zahlen des letzten Jahres, das heißt, es sind Steigerungen. Aber dieses ist ein Weg in die falsche Richtung.

(B) Diese Zahlen, die ich hier gerade vorgetragen habe, stehen auch im Widerspruch zur mittelfristigen Finanzplanung, die sich diese Landesregierung für diese fünf Jahre der Koalition gegeben hat.

Was sind nun die Gründe dafür? Es ist ein Bündel von Maßnahmen und falschen Entscheidungen und auch mangelnder politischer Durchsetzungswille.

Zugegeben - wir haben es oft im Unterausschuß "Personal" und im Haushalts- und Finanzausschuß diskutiert -: Die Pensionskostenlawine insgesamt kann man schwerlich stoppen. Bei der Diskussion des Versorgungsberichtes mußten wir feststellen, daß bis zum Jahre 2008 die Zahl der Pensionsempfänger bei den Kommunen um 5 % und beim Bund sogar um 37 % zurückgeht, aber beim Land auf fast das Doppelte steigt, nämlich um über 91 %.

Deshalb, Herr Kollege Walsken, war es unstrittig, daß insbesondere die Länder aufgerufen sind, sich um dieses Thema zu kümmern. Wir haben es im Unterausschuß "Personal" und im Haushalts- und Finanzausschuß sehr ausführlich erörtert. Ich denke, Sie werden mir nicht widersprechen, daß die Landesregierung die Empfehlungen nur halb-

herzig umgesetzt und nicht das ausgeschöpft hat, was eigentlich möglich wäre und in der originären Landeskompetenz liegt.

In diesem Zusammenhang möchte ich das besondere Augenmerk auf die Zahl der Lehrer richten, die vorzeitig in Pension gehen. In 1996 sind insgesamt 4 066 Lehrer in Pension gegangen. Davon haben nur 73 - 73! - die Altersgrenze von 64 erreicht.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Da sehen Sie mal, wie hart der Job ist!)

- Herr Kollege Dr. Bajohr, Sie können gleich etwas dazu sagen. - 1 000 sind in einem Lebensalter unter 58 in den Vorruhestand eingetreten, und 85 % - das ist noch viel besorgniserregender - aus medizinischen Gründen.

Dies ist keine Schuldzuweisung an die Lehrer, an das Land sehr wohl. Zumindest hätte ich erwartet, daß man einmal die Frage klärt, warum denn so viele Lehrer vorzeitig aus medizinischen Gründen in Pension gehen. Vielleicht ist das ja auch eine Frage unseres Schulsystems. - Sie lachen? Welches Land leistet sich denn vier Schulsysteme nebeneinander? Lassen Sie sich doch einmal von den Kollegen an den Schulen berichten, warum sie vorzeitig in Pension gehen? Haben die eine Schülerallergie, oder was ist es? Daran kann es doch sicherlich nicht liegen. Es hat andere Ursachen. Die Landesregierung wäre aufgefordert, diesen Dingen nachzuspüren.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Ich hatte eben von vielen Gründen für diese Personalkostenentwicklung gesprochen. - Seit über acht Jahren - auch das wissen Sie aus dem Haushalts- und Finanzausschuß - sind das IPA, das Informationssystem für Personalausgaben, und das SVS, das Stellenverwaltungssystem, überfällig. Nach neuester Ankündigung sollen sie der Landesregierung nun 1999 zur Verfügung stehen. Ich habe durchaus Verständnis dafür, daß es der Finanzminister natürlich schwer hat, ein solches Riesenschiff von 335 000 Landesbediensteten zu steuern, wenn er überhaupt kein Ruder in der Hand hält, weil er über diese Daten und Fakten gar nicht informiert ist.

Sie haben es nicht verfolgen können, aber die Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzausschuß wissen, wie heute Personalermittlung für die nächsten Jahre durchgeführt wird: Auf handvorgefertigten Formblättern und mit dem Taschenrechner errechnet jedes einzelne Ressort

(Peter Bensmann [CDU])

- 1) den Personalbedarf für die nächsten Jahre! Dieses könnte sich keine Firma leisten! Man muß sich dann über die Konsequenzen auch nicht wundern.

Eine weitere Ursache dafür liegt natürlich darin, daß der Abbau der kw-Vermerke - zu den Organisationsuntersuchungen haben wir immer uneingeschränkt ja gesagt - nicht so erfolgt - das war im Ausschuß unstrittig - wie vorgesehen. Im Haushaltsgesetz gibt es zwei Seiten mit Ausnahmeregelungen. Ich frage mich, ob Sie, die Sie mit mir im Unterausschuß "Personal" sitzen, die eigentlich alle kennen. Nur die großen Brocken kennt man, und unter dem Strich weiß man, daß zwei Drittel der Stellen vom Abbau ausgenommen sind. Jedes Mal doktern wir kleinklein an den Symptomen herum, sind immer überrascht und fragen: Können wir nicht hier oder da noch etwas tun, wer ist ausgenommen? - Auf 35 Seiten Haushaltsgesetz werden im Grunde genommen die Grundsätze wieder ausgehöhlt!

Um es an Zahlen zu verdeutlichen - in der letzten Vorlage des Finanzministers kann man es nachlesen -: In 1997 hatten wir 12 585,75 ausgewiesene kw-Vermerke. Davon sind ganze 2 991,25, sprich: 23,8 %, realisiert worden, und das, weil wir eben über kein konsequentes, transparentes Personalsteuerungssystem verfügen und weil - dem sind wir in gemeinsamer Arbeit und mit Unterstützung des Gutachterdienstes auf die Spur gekommen - die Ressorts immer wieder versuchen, kw-Vermerke zu unterlaufen; teilweise werden auch kw-Vermerke verlängert. Das führt eben dazu, daß nicht so zügig abgebaut wird wie vorgesehen.

Deshalb möchte ich daran erinnern, was zu Beginn der Legislaturperiode der Ministerpräsident von dieser Stelle aus zum Thema "Abbau von Personal im Lande" erklärt hat. Bis zum Jahre 2000, bis zum Ende der Legislaturperiode, sollen 20 000 Stellen abgebaut werden! - Wir schreiben den 11. Dezember 1997, beraten den Haushalt 1998 und haben davon ganze rund 2 900 realisiert. Ich frage Sie, wie Sie in den nächsten noch verbleibenden zwei Jahren 17 000 Stellen realisieren wollen. Ich bin weit davon entfernt zu glauben, daß uns das gelingen wird. Wir werden uns aber nicht verweigern. Sie wissen, daß wir daran konstruktiv mitarbeiten.

Nur eines: Man muß natürlich auch an die Ressourcen herangehen, wo Stelleneinsparungen wirklich möglich sind. Das sind beispielsweise die

Mittelinstanzen. Nun kann man sich darüber streiten, ob die Zahl 20 000 stimmt. Aber soviel steht fest: Würde man Regierungspräsidien, Landschaftsverbände und KVR zusammenlegen, käme man sicherlich auf ein Einsparpotential von etwa 20 000, also auf die von mir gerade genannte Größenordnung. (C)

(Minister Franz-Josef Kniola: Wie viele Landesbedienstete haben die Landschaftsverbände und der KVR denn?)

- Es gibt ja auch noch andere Synergieeffekte, Herr Innenminister, daß wir nämlich - das gehört ebenfalls zu den Überlegungen der CDU-Fraktion - einen großen Teil der Aufgaben eben auf die Kommunen zurückverlagern. Dorthin gehört dieser Bereich auch.

(Zuruf des Ministers Franz-Josef Kniola)

- Wenn Sie denen ausreichend Mittel an die Hand gäben, könnten sie solche Ausgaben auch wahrnehmen.

(Lachen des Ministers Franz-Josef Kniola)

Ein weiterer Bereich, in dem die Worte viel größer sind als die Taten, ist der Lehrstellenmarkt. Wir haben darüber sowohl in den Ausschüssen als auch hier im Plenum ausführlich diskutiert. In diesem Jahr wird die Zahl der Lehrstellen von 9 012 auf 8 600 reduziert. Und was noch schlimmer ist: Nur 73,4 % - es gab zugegebenermaßen Anstrengungen - waren davon im letzten Jahr besetzt. Das, was dort letztendlich erreicht worden ist, ist uns zu wenig. In außergewöhnlichen Zeiten muß man auch mit außergewöhnlichen Maßnahmen auf solche Dinge reagieren. (D)

Ein Punkt ärgert nicht nur uns, sondern sicherlich alle, die davon betroffen sind. Das haben insbesondere die Berufsverbände deutlich gemacht. Die Wiederbesetzungssperre wird auf 15 Monate verlängert. Das heißt: Dieser Rasenmäher geht jetzt wirklich ans unterste Wurzelwerk. Herr Bajohr, Herr Dr. Busch, ich erinnere mich noch gut an das, was Sie dazu gesagt haben, als Sie noch auf der Oppositionsbank saßen.

Wenn ich richtig informiert bin - andernfalls können Sie das gleich korrigieren - ist dies eine Erfindung von Ihnen. Was machen Sie damit? - Damit finanzieren Sie Ihre grünen Spielwiesen.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Pfui!)

Teilweise machen Sie Zusagen - ich würde gerne einmal zitieren, lasse das aber aus Zeitgründen -

(Peter Bensmann [CDU])

(A) gegenüber dem Bund der Strafvollzugsbediensteten, dort das Personal verstärken zu wollen. Wir werden morgen einen entsprechenden Antrag stellen. Dann können Sie dem zustimmen, was Sie in der Koalitionsrunde offensichtlich nicht durchsetzen konnten.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Wenn ich die Zeit für die Zwischenfrage gutgeschrieben bekomme, lasse ich sie zu.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das geht aber nicht, weil Ihre Redezeit bereits abgelaufen ist.

(Allgemeine Heiterkeit)

Peter Bensmann (CDU): Okay.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Das geht ja auch gar nicht.)

Dann führe ich meine Rede zu Ende, und zwar ohne die Zwischenfrage, die ich gerne beantwortet hätte.

(B) Ich darf Ihnen nur sagen: Das, was die GRÜNEN - insbesondere Ministerin Höhn - mit diesen Personalressourcen, die wir über 15 Monate erwirtschaften wollen, machen möchten, ist etwas, das wir überhaupt nicht billigen können. Wenn man wie Ministerin Höhn öffentlich erklärt, daß ein einstimmig gewählter Direktor einer Landwirtschaftskammer die Zustimmung nicht erhält, wegen angeblich mangelnder Qualifikation ---

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Der ist hochqualifiziert.)

- Ja, der ist hochqualifiziert. Aber sie will ihm wegen aus ihrer Sicht mangelnder Qualifikation nicht die Zustimmung geben. Ich würde sie angesichts dessen gerne einmal an das erinnern - dazu kann sie gleich Stellung beziehen -, was sie im eigenen Ressort gemacht hat.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Darf ich Sie daran erinnern, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist, Herr Kollege. Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Peter Bensmann (CDU): Dort hat sie unter ihren eigenen Bediensteten Leute ohne Qualifikation in

die Ministerlobby geholt, nach dem Motto: Vom BaföG nach B 6. (C)

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Arroganz der Macht. - Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen sagen: Die Anträge zum Personalhaushalt haben wir in den Fachausschüssen bereits gestellt. Morgen werden wir in dritter Lesung noch eine Ergänzung einbringen zum Bereich des Strafvollzugsdienstes. Ich möchte Sie bitten, unsere Anträge zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Kollege Walsken.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Bensmann, ich gebe zu, daß es schwierig ist, innerhalb von 10 Minuten all das überzubringen, was man auf dem Herzen hat. Bei 350 000 Beschäftigten, die wir im Lande haben - um etwa diese Größenordnung handelt es sich -, müssen wir uns natürlich überlegen, wie wir damit umgehen. Wir sind in Nordrhein-Westfalen der größte Arbeitgeber, sind sogar größter Arbeitgeber in vielen Städten, addiert man einmal die Zahl der Lehrer, Polizisten, Finanzbeamten und Bediensteten aus ähnlichen Einrichtungen. Insofern wissen wir schon, welche Verantwortung wir haben, welche Aufgabe wir übernehmen. (D)

Als guter Arbeitgeber haben wir dafür zu sorgen, daß unsere Beschäftigten langfristig die Chance erhalten, im öffentlichen Dienst zu bleiben, daß wir sie finanzieren müssen, eine solide Finanzierungsbasis erhalten müssen. Deshalb haben wir vor Jahren gesagt: Zur Finanzierung der Personalkosten müssen wir uns an bestimmten Eckwerten orientieren. Diese Eckwerte lauten, daß wir für Personalkosten nicht mehr als 40 % des Gesamthaushalts und 50 % der Steuereinnahmen ausgeben wollen. So lauten die Eckwerte, die einzuhalten wir versuchen wollten. Das ist ungeheuer schwierig, bekommen wir doch im November eine Ergänzungsvorlage zum Haushalt, in der aufgrund der neuen Steuerschätzung erkennbar ist, daß die Steuereinnahmen gewaltig nach unten gehen.

Natürlich stellt sich die Frage, wie man die gesteckten Zahlen einhalten will, wenn man mit

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

1) solchen Entwicklungen zurecht kommen muß. Wir wollen nämlich aufgrund unserer politischen Einstellung nicht dazu übergehen, Personal zu entlassen, obwohl wir - wie jeder Arbeitgeber in der Wirtschaft auch - die Chance und das Recht hätten, über Sozialpläne Beschäftigte "freizusetzen", wie es in der Wirtschaft so schön heißt. Das tun wir nicht, sondern sagen vielmehr: Wir versuchen, diese Durststrecke zu überwinden. Zur Überwindung dieser Durststrecke müssen wir uns natürlich Lösungen einfallen lassen, damit uns die Personalkosten nicht den gesamten Handlungsspielraum, den wir politisch haben wollen, zusammendrücken.

Deshalb haben wir schon vor Jahren das Instrument der Organisationsuntersuchung "entwickelt" - so will ich es einmal bezeichnen. Wir haben das gemeinsam mit dem gesamten Parlament und damit auch der Opposition getan. Seitdem wird innerhalb der Landesverwaltung durch Organisationsuntersuchungen nach Rationalisierungsmöglichkeiten Ausschau gehalten. Dieses Instrument ist im übrigen recht wirksam.

Sie haben eben bereits einige Zahlen genannt, und ich darf noch einige Zahlen hinzufügen: Wir haben insgesamt über 17 000 Stellen durch Organisationsuntersuchungen kw-gestellt. Das heißt: Wenn die Stelleninhaber in Pension gegangen sind oder aus anderen Gründen aus dem Dienst ausgeschieden sind, werden die Stellen abgebaut und nicht wieder besetzt. Über die letzten Jahre hinweg waren es - wie gesagt - 17 000 Stellen. Davon - diese Zahl haben Sie korrekt benannt - sind mittlerweile etwa 3 000 real abgesetzt worden, also nicht mehr finanziert.

Das ist der Zahlenberg, mit dem wir zu tun haben. Wir sind zuversichtlich und sicher, daß diese 17 000 Stellen durch weitere Organisationsuntersuchungen in den nächsten Jahren noch kräftig ausgebaut werden müssen und auch ausgebaut werden, damit wir einigermaßen gesicherte Finanzen für die Finanzierung des Personals während der nächsten Jahre erhalten.

Wir wissen auch, daß die Finanzsituation in Bonn keinen Anlaß gibt, die Finanzierung der Beschäftigten zu sichern. Wir wissen aber, daß wir von einer einigermaßen stabilen Basis unserer eigenen Politik ausgehen müssen. Die heißt: Wir versuchen, den Landeshaushalt so in den Griff zu bekommen, daß wir zumindest kein schlechtes Gewissen haben, was die Gesamtsituation der Finanzen anbelangt. Unser Spielraum ist ziemlich

eng. Er ist auch sehr eng bei der Begrenzung der Pensionslasten. Sie haben darauf hingewiesen, welche Probleme die Länder mit der Begrenzung der Pensionslasten haben. Sie haben aber nach meinem Dafürhalten etwas zu einseitig dargestellt, welche Chancen wir auf diesem Sektor haben. Sie wissen, daß die gesamten rechtlichen Rahmenbedingungen, die bei der Berechnung der Pensionslasten gegen uns wirken, in Bonn gemacht werden und nicht in Düsseldorf. Deshalb haben wir den Rahmen für die Pensionslasten nur mitzubestimmen und nicht selbst zu bestimmen. Von daher entsteht natürlich eine Situation, für die wir nicht die alleinige Verantwortung haben. (C)

Wir haben keine Alternative zum weiteren Stellenabbau durch Organisationsuntersuchungen. Wir haben auch in diesem Haushalt wieder einige tausend Stellen zusätzlich mit kw-Vermerken versehen, die Auswirkungen von Organisationsuntersuchungen sind. Wir haben die Bereiche, die keine Organisationsuntersuchung haben, mit einer pauschalen 2 %igen Stellenabsetzung versehen, damit auch diese Bereiche im Zuge der weiteren Entwicklungen organisationsuntersucht werden können.

Wir haben eine sehr unangenehme Maßnahme beschlossen. Wir haben nämlich die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre auf 15 Monate beschlossen. Das ist uns nicht leicht gefallen. Das ist völlig klar. Ich will dahingestellt sein lassen, von wem der Antrag gekommen ist. Das ist hinreichend bekannt. Getragen wird diese Entscheidung von beiden Koalitionsfraktionen gemeinsam, weil im Gegensatz zu einigen Fachausschüssen, was sicherlich nicht gut ist und eher ein bezeichnendes Licht auf Beteiligte wirft als auf Verfahren, die zwischen Fraktionen normalerweise üblich sind - und auch hier im Parlament -, keine unterschiedliche Abstimmungsweise zustande kommen wird. (D)

Wir haben die Wiederbesetzungssperre auf 15 Monate verlängert. Ich darf aber auch sagen - Sie haben eben auf die vielen Seiten des Haushaltsgesetzes hingewiesen, Herr Kollege Bensmann -, daß das Haushaltsgesetz deshalb noch weitere Facetten erfahren wird. Wir haben den Bereich der Richter in Erwartung des neuen Insolvenzrechtes von der Stellenbesetzungssperre völlig ausgenommen. Das heißt, bei den Richtern wird es demnächst keine Stellenbesetzungssperre mehr geben; diese entfällt. Das ist eine Änderung des Haushaltsgesetzes. Wir haben auch entschieden, daß die Verlängerung der Wiederbesetzungs-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) sperre auf 15 Monate im Bereich des Wissenschaftsministeriums nicht stattfinden wird. Hier wird es bei 12 Monaten bleiben. Allerdings haben wir eine Gegenfinanzierung über eine globale Minderausgabe vorsehen müssen, um den beabsichtigten wirtschaftlichen Erfolg zu erreichen.

Diese kleinen Facetten zeigen schon, daß wir in Anbetracht einer komplexen, schwierigen finanzpolitischen Situation bemüht sind, ein Höchstmaß an Gerechtigkeit und Problembewußtsein für bestimmte Bereiche zu erzeugen und umzusetzen. Ich will das an vier Beispielen einmal kurz demonstrieren, die auch in den Verhandlungen eine Rolle gespielt haben.

Da ist einmal die Ausbildung - Sie haben das angesprochen - in privatwirtschaftlichen Berufen. Ich darf die Zahlen nennen: Wir haben 1995 1 414 Ausbildungsverträge von der Landesregierung aus abgeschlossen. 1996 haben wir 1 575 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Und wir lagen - ausweislich der Berichterstattung im zuständigen Fachausschuß - bereits am 30. September 1997 bei über 1 870 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Das heißt, real hat das Land erheblich mehr getan als alle anderen Arbeitgeber in diesem Land Nordrhein-Westfalen. Wir haben nämlich zusätzliche Verträge abgeschlossen, und wir lagen auch weit über dem, was wir in den Tarifverträgen zugesagt haben. Darin haben wir nämlich zugesagt, jedes Jahr 5 % mehr Ausbildungsverträge abzuschließen. Anhand dieser Zahlen können Sie feststellen, daß wir in der Realität mehr als 5 % jährlich zugelegt haben.

(B)

Richtig ist, daß es eine Diskrepanz gibt zwischen den Ausbildungsstellen, die wir im Haushalt eingerichtet haben, und der tatsächlichen Besetzung. Auch darüber haben wir lange diskutiert. Das hängt auch damit zusammen, daß die Ausbildungsberufe, die wir anbieten, keine Nachfrage erfahren. Von daher müßten wir überlegen, ob das Angebot von uns noch stimmig ist und wie die jungen Leute motiviert werden können, diese Angebote anzunehmen. Aber man kann eine Konstruktion, Verwaltungsfachangestellte durch Bürokaufleute zu ersetzen, nicht von heute auf morgen realisieren. Dafür fehlen uns auch die Fachkräfte, die diese Ausbildung durchführen können. Also wir kennen das Problem. Wir haben eine Menge getan, und wir werden es weiter tun.

Ich darf ankündigen - wie Sie das auch getan haben -, daß wir morgen für den Bereich der Poli-

zei im Ausschuß einen Antrag nachschieben werden. Wir wollen Beförderungsmöglichkeiten nach A 8 in der Größenordnung von über 300 ab 1. Oktober ermöglichen. Wir wollen das gegenfinanzieren durch Absetzung von Beförderungsmöglichkeiten nach A 10. Wir binden daran die Erwartung, weil wir das auch dem Finanzminister ab 1. Oktober übertragen wollen, daß wir bis dahin eine Konzeption von der Landesregierung für den gesamten Bereich des mittleren Dienstes in der Landesverwaltung bekommen, weil wir nicht wollen, daß es eine unterschiedliche Behandlung von Beförderungsintervallen im mittleren Dienst in einzelnen Teilen der Landesverwaltung gibt. Deshalb legen wir großen Wert auf Gleichbehandlung und Gerechtigkeitsherstellung. Aber für diesen Haushalt werden wir zunächst einmal für die Polizei einen entsprechenden Antrag stellen.

Der dritte Punkt betrifft die Volksschullehrer, und zwar die Inhaber von Altlehrämtern. Hier haben wir es in sehr langen und intensiven Verhandlungen geschafft, daß die Volksschullehrer alter Art auch die Chance bekommen, sich im Rahmen der normalen Stellenkegel auf Beförderungsstellen zu bewerben. Dafür kündige ich eine Gesetzesinitiative an, die die Koalitionsfraktionen einbringen müssen, um das zu ermöglichen. Es gibt aber keine Unstimmigkeiten mehr mit den zuständigen Fachressorts. Wir können das machen und durchführen. Wir haben - dies sozusagen als Vorbemerkung dazu - eine Möglichkeit geschaffen, im Haushaltsplan 1999 50 Stellen als Beförderungsmöglichkeiten für diesen Personenkreis vorzuhalten bei Absetzung von 50 Beförderungsmöglichkeiten in anderen Bereichen. Also auch hierbei handelt es sich um eine kostenneutrale Aktivität.

(Beifall bei der SPD)

Als vierten Bereich darf ich erwähnen, daß wir im Bereich der Steuerfahndung ebenfalls einiges getan haben. Wir haben nämlich die kw-Vermerke, die in diesem Bereich vor zwei Jahren in einer Größenordnung von 229 eingerichtet worden sind, wieder aufgehoben. Das heißt, im Bereich der Steuerfahndung kann eine Aufstockung der Personenzahl stattfinden.

Meine Damen und Herren, ich sage dies, um deutlich zu machen, daß es trotz der schwierigen und angespannten Finanzlage möglich ist, sachgerecht personalwirtschaftliche Maßnahmen zu treffen. Ich denke, daß wir uns auch bei den von Ihnen angesprochenen Punkten in Wahrheit peu à peu heranrobben und versuchen, Lösungen zu

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

.) finden. Auch Sie wissen, daß eine zentrale Bewirtschaftung von 350 000 Personen nicht nur unmöglich ist, sondern auch falsch. Nicht umsonst versuchen wir, über Budgetierung und Veränderung der Zuständigkeiten nach unten ein anderes Verfahren hier einzuziehen zu lassen. Hier zu sagen, das fehle, und das anzumahnen, ist falsch.

Ich sage, wir müssen uns an dieses Thema heranrobben, weil es da auch verfassungsrechtliche Probleme gibt. Das Ressortprinzip ermöglicht es nämlich dem Finanzminister nicht, in die Bewirtschaftung von Personalstellen innerhalb der einzelnen Ressorts einzugreifen. Hier geht es also nur darum, mit den Ressorts eine übereinstimmende Lösung zu finden.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Ich bin so weit, Frau Präsidentin. - Ich denke, die Hartnäckigkeit, die wir gemeinsam in den letzten Jahren als Parlament an den Tag gelegt haben, wenn es darum ging, mit der Regierung zu guten Ergebnissen zu kommen, werden wir auch weiterhin an den Tag legen. Ich bin auch sehr optimistisch, daß uns das gelingen wird. Sowohl Regierung als auch das Parlament haben das gleiche Problem zu lösen und sind entsprechend kooperationsfähig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Dr. Bajohr.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bereich der Stellenpläne ist es keine Zeit für gute Nachrichten. Das haben insbesondere die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften bemerkt. Sie wissen, daß es nicht viel gibt, das verteilt werden könnte. Die ÖTV ist in ihrer Bescheidenheit sogar so vorbildlich, daß sie gar nicht erst das Gespräch mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesucht hat, um nicht mit ungehörigen Forderungen zu kommen, wie ich annehme. Die anderen Berufsverbände waren ausgesprochen zurückhaltend. Sie haben maßvolle Forderungen gestellt,

haben Verständnis für die Situation geäußert, uns zum Teil innovative Gedanken unterbreitet, die wir auch, zwar nicht jetzt, aber in den nächsten Jahren, durchaus aufgreifen sollten. (C)

Was die Koalitionsfraktionen tun konnten: Wir haben - das hat Kollege Walsken eben gesagt - für die Insolvenzrechtsreform dafür gesorgt, daß sie mit dem nötigen Personal ausgestattet wird. Es werden 30 Stellen für Richterinnen und Richter ab 1. Juli kommenden Jahres sofort wieder besetzbar sein. Es wird also eine völlige Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre geben. Gedeckt wird diese Maßnahme durch eine Anhebung der globalen Minderausgabe im Einzelplan des Justizministeriums in Höhe von 3,75 Millionen DM.

Es wird eine Hebung von 50 Stellen von A 12 nach A 13 (gehobener Dienst) für die nach der alten Ausbildungsordnung ausgebildeten Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer geben. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Herabstufungen von Stellen im höheren Dienst.

Es wird eine Verstärkung des Ansatzes für Vergütungen für Aushilfen an Schulen geben. Damit können wir - das ist für uns GRÜNE ein wesentlicher Punkt - eine weitere "Regionale Arbeitsstelle für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien" einrichten und personell ausstatten. (D)

Es wird eine Verstärkung der Arbeit von Frauenbeauftragten an Hochschulen geben.

Wir haben es als Koalitionsfraktionen auch vermocht, das Programm zur finanziellen Absicherung von Unternehmensgründungen aus Hochschulen zu verstärken.

Und im Einzelplan 12 wird als Haushaltsvermerk die Regelung aufgenommen werden, daß 25 Stellen für Steueranwärter zur Förderung von Angestellten in der Steuerverwaltung vorgesehen werden.

Hinzu kommt schließlich das, was Kollege Walsken angekündigt hat: Die Koalitionsfraktionen wollen gemeinsam im Bereich der Polizei Beförderungsstellen für die Beförderung von A 7 nach A 8 schaffen und dies auch im Einzelplan 03 decken.

Es gibt dann die CDU-Forderung nach 1 000 Stellen mehr für Lehrerinnen und Lehrer. Kollege Bensmann, das ist sicher sinnvoll. Die Schulen bräuchten natürlich angesichts der Situation, die wir dort haben, zusätzliche Lehrkräfte. Aber die

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

- (A) Deckung, die Sie angeboten haben, ist nun wirklich völlig unbrauchbar. Und für uns war immer Voraussetzung: Wenn wir etwas machen, bringen wir auch eine solide Deckung ein. Sie wollen dies durch Abbau der Flüchtlingsberatung decken. Ganz deutlich: Das machen wir nicht mit. Das entspricht nicht unserem Bild von dem, wie man mit Flüchtlingen umgehen sollte.

Sie wollen Schulversuche reduzieren. Auch das ist etwas, was BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mitmachen werden.

Sie wollen den kritischen Dialog über neue Technologien beenden.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, Sie nennen das Gentechnik. Das wollen Sie beenden. Und Sie wollen Arbeitsmarktprogramme - beispielsweise Soziale Betriebe - kürzen. Auch dies machen wir angesichts einer Zahl von fast einer Million Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen nicht mit.

Wir hatten in den Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner noch eigene Vorstellungen eingebracht und diese auch - anders als die CDU - solide gedeckt. Es geht um 100 Stellen für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht-behinderter Kinder, ein Punkt, der uns außerordentlich wichtig ist, in dem wir auch 1996 zu Vereinbarungen mit der SPD kommen konnten. 1997 hat dies leider nicht geklappt, jetzt wiederum nicht. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sage ich sehr deutlich: Ein drittes Mal Nichtklappen wird es nicht geben. Es muß jetzt etwas geschehen. Wir wollen gemeinsam mit den Eltern behinderter Kinder dafür sorgen, daß der gemeinsame Unterricht in der Sekundarstufe I möglich und daß dafür auch das nötige Personal bereitgestellt wird. Wir wollen die Ausgrenzung behinderter Kinder beenden.

(B)

Frau Ministerin Behler ist jetzt nicht da. Aber sie sagte heute morgen in diesem Punkt zu Frau Kollegin Schumann, sie bitte um "mehr Seriosität in der Diskussion". Dazu hätte allerdings auch gehört, daß die Frau Ministerin dann die Deckungsvorschläge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vollständig und zutreffend dargestellt hätte. Denn wir hatten alternativ zur Inanspruchnahme des Zeitbudgets auch vorgeschlagen, Beförderungsstellen aus dem Bereich des höheren Dienstes der Schulen heranzuziehen, um zu einer Ausbringung von zusätzlichen Stellen für den gemeinsamen Unterricht zu kommen.

Auch im Bereich der Hochschulen - hier war uns daran gelegen, 19 zusätzliche Stellen durch Deckung im Hochschulkapitel auszubringen - konnten wir uns nicht gegen den Koalitionspartner durchsetzen. Ich will nicht vermuten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daß Bildungspolitik angesichts der Demonstrationen, die wir haben, bei Ihnen nicht so groß geschrieben wird.

(Zuruf der Brigitte Speth [SPD])

Im Mittelpunkt der Beratungen für den Haushalt 1999 muß neben der Bildungspolitik und der Ausstattung insbesondere der Schulen - und da sind wir uns wohl einig - insbesondere die Situation der Beschäftigten im einfachen Dienst stehen, die soziale Lage, die Beförderungsintervalle im einfachen Dienst, zweitens die Frage der Lehrverpflichtungen von Universitätsprofessorinnen und -professoren. Wir meinen, daß zur Abdeckung des Unterrichtsbedarfs eine Anhebung dringend notwendig ist. Wir erwarten, daß die Landesregierung hierzu eine Verordnung vorlegt. Denn diese Frage muß zum Wintersemester 1998/99 geregelt werden. Wir denken, daß die Proteste der Studierenden dem hoffentlich den nötigen Nachdruck verleihen.

Ein drittes Problem ist die Ausbildung beim Land Nordrhein-Westfalen. Die jetzige Situation bleibt unbefriedigend, auch wenn die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge gestiegen ist. Aber wir stehen ja vor dem Problem, daß nicht alle Ausbildungskapazitäten ausgeschöpft werden. Das Land hat unserer Meinung nach eine Ausbildungsverantwortung, die es nicht an die Privatwirtschaft delegieren darf.

Problematisch sind aus unserer Sicht bei der zunehmenden Zahl von Erwerbslosen die Ausbringung und die Erwirtschaftung der 22 000 kw-Vermerke, wie wir sie im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Es ist unserer Meinung nach falsch, diese Einsparungen als Ziel der Personalpolitik zu betrachten. Das Land hat eine Beschäftigungsverantwortung. Wenn beispielsweise Veba 12 000 Arbeitsplätze abbaut, wird pflichtgemäß protestiert. Wenn das Land dasselbe tut, stehen wir da und sagen, es müsse sein, es müsse eine schlanke Verwaltung geben. Ich sage: "Schlanke Verwaltung" ist das Unwort dieses Jahrzehnts; denn dahinter verbirgt sich nicht die Effizienzsteigerung, sondern Arbeitsplatzabbau und Arbeitsverdichtung für die verbleibenden Kräfte, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Diegel?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Aber gern.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bitte schön.

Helmut Diegel (CDU): Sehr geehrter Herr Kollege Bajohr, wie beurteilen Sie denn Ihre gerade gemachten Ausführungen mit Ihrer Forderung, die staatliche Mittelinstanz zu verschlanken und damit dann auch 15 000 oder 20 000 Mitarbeiter, die sich wechselseitig beschäftigen, sinnvoller einzusetzen und beim Land so etwa 1,5 Milliarden DM zu sparen?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Kollege Diegel, die Effizienzsteigerung durch Auflösung bestimmter Behörden oder bestimmter Ebenen bedeutet nicht, daß wir die Menschen, die dort beschäftigt sind, auf die Straße setzen wollen und sollen. Es geht darum, die Menschen in die Bereiche umzusetzen, in denen sie am dringendsten gebraucht werden. Es wird wohl niemand bestreiten, daß wir in bestimmten Bereichen der öffentlichen Verwaltung zusätzliches Personal brauchen. Sie selbst haben eben Beispiele genannt. Wir müssen allerdings - das ist das Problem, Kollege Diegel - zu diesen Maßnahmen greifen, auch zu diesen 22 000 kw-Vermerken, weil wir uns sozusagen im Würgegriff des Herrn Waigel befinden.

(Peter Bensmann [CDU]: Schleußer heißt der!)

- Nein, Waigel heißt der. Ich kann mich nicht erinnern, daß Herr Schleußer für die Steuerpolitik und die Steuergesetzgebung in dieser Bundesrepublik zuständig ist. Dieses geschieht durch die Bundesregierung. Und wenn wir hier kein Geld haben, haben wir eben die Probleme, die sich dann auch für die Personalsituation ergeben.

(Helmut Diegel [CDU]: Kommt mir bloß nicht an die Regierung in Bonn, dann habt ihr keine Argumente mehr!)

- Wir kommen noch an die Regierung, und dann werden Sie sehen, wie wir das machen. Und das wird besser werden. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir meinen aber auch, daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht für alles geradestehen dürfen, was gesellschaftlich schief läuft, daß nicht immer die Sparvorschläge an den Beamten, Beamtinnen und Angestellten exerziert werden sollen. Und wir müssen zugeben, daß unter diesem Aspekt die Verlängerung der Stellenbesetzungssperre, von der Sie, Herr Kollege Bensmann, sprachen, natürlich ein Problem ist. Dazu muß ich aber sagen: Sie war von unserer Seite innerhalb eines größeren Sparzusammenhangs von gut 550 Millionen DM vorgesehen. Daß in diesen Verhandlungen aus diesem Sparpaket nicht alles realisiert wurde, ist ein Ergebnis dessen, wie Verhandlungen laufen. Wir stehen auch zu der Verlängerung der Stellenbesetzungssperre, aber sie hätte sich natürlich in einem anderen Zusammenhang gerechtfertigt. Immerhin, die Hochschulen sind davon ausgenommen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ich will nur noch eine Bemerkung machen. - Herr Kollege Bensmann, Sie hatten davon gesprochen, daß die Stellenbesetzungssperre da sei, um "grüne Spielwiesen" zu befriedigen. (D)

Da möchte ich einmal wissen, ob Sie die sozialen Wirtschaftsbetriebe, die dazu beitragen sollen, Langzeiterwerbslose wieder in Arbeit zu bringen, als "grüne Spielwiese" bezeichnen, ob Sie die gemeindenahe psychiatrische Versorgung oder angesichts der Wohnungslosigkeit Hilfen für Wohnungslose als "grüne Spielwiesen" bezeichnen. Ich denke, Kollege Bensmann, damit sollte man ganz vorsichtig sein, ehe man soziale Maßnahmen, die diese Koalition beschließt, diskreditieren will. - Vielen Dank.

(Peter Bensmann [CDU]: Ich denke an das Schwulen- und Lesbenreferat! - Helmut Diegel [CDU]: Kein Beifall bei den GRÜNEN!)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich **schließe die Beratung.**

Die **Abstimmung** über die Stellenpläne ist eingebunden in die Abstimmungen über die Einzelpläne und über das Haushaltsgesetz 1998.

Ich verweise noch einmal darauf, daß der Einzelplan 13 - Landesrechnungshof - bereits gestern beraten wurde.

Ich rufe deshalb auf

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung mit

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1998

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlungen** Drucksachen 12/2600, 12/2612 und 12/2616, **eröffne die Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Diegel das Wort.

(B)

Helmut Diegel (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Zu dieser etwas fortgeschrittenen Zeit stelle ich fest, daß wir eine gespannte Aufmerksamkeit haben. Ich denke, ich will und ich sollte Sie nicht allzusehr strapazieren,

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Das ist gut!)

insbesondere deshalb nicht - und das betrübt uns als Parlamentarier schon -, weil ich das, wenn die Regierungsbank hier nur mit zwei Ministern anwesend ist, hinsichtlich der Beratung der Einzelpläne 12, 20 und des Haushaltsgesetzes angesichts der Dynamik dieses Haushalts für ein absolutes Armutszeugnis halte.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Zwei sind krank!)

Ich denke, Herr Trinius, diese Regierung dokumentiert damit, wie wichtig sie die Haushaltsplanberatungen in diesem Bereich nimmt.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]: Ihr eigener Fraktionsvorsitzender ist auch nicht anwesend!)

Lieber Herr Trinius, es geht um den Haushaltsplanentwurf der Landesregierung, die hier ein

Konzept vorstellt, zu dem ich feststelle, daß es bei diesen Haushaltsberatungen der letzten zwei Tage nichts anderes als Prügel bezogen hat. Das können Sie morgen in den Zeitungen in aller Ruhe nachlesen Herr Bajohr, und ich hoffe sehr, daß Sie die Änderungsvorstellungen, die die CDU-Fraktion hier in den letzten zwei Tagen eingebracht hat, auch ernst nehmen.

Nehmen Sie einfach einmal wahr, was Sie von Herrn Arentz gehört haben. Nehmen Sie einfach einmal wahr, was der Herr Meyer Ihnen zum Bereich Wirtschaft mitgeteilt hat. Und nehmen Sie doch bitte einfach mal die Sorge, die im Parlament geäußert worden ist, wahr, daß Sie hier **sehendes Auges** in einen verfassungswidrigen Haushalt hineinschlittern.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

Meine Damen und Herren! Angesichts Ihrer Aufgeregtheit, Herr Trinius - derjenige, der schreit, kann kein Recht haben -,

(Reinhold Trinius [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

gehe ich davon aus, daß wir im Vollzug mit dem, **was wir** Ihnen in den letzten Wochen hier unterbreitet haben, auch entsprechend recht bekommen haben. Wir werden Ihnen zeigen - und Sie werden es im Vollzug erleben -, daß wir in der Lage sind, Ihnen das, was wir Ihnen heute und in den letzten Wochen gesagt haben, auch dementsprechend schriftlich zu belegen.

Ich hoffe sehr, daß Sie vielleicht die dritte Lesung dazu nutzen,

(Leo Dautzenberg [CDU]: Das können wir morgen schon im Ausschuß machen!)

sich mit uns gemeinsam an einen Tisch zu setzen und Einnahmen und Ausgaben in einen Gleichstand zu bringen. Bisher stelle ich nicht fest, daß Sie die Kraft dazu haben. Bei Ihnen regiert der Frust, aber Leider kein Wille zum Handeln.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege! - Tut mir leid, er hat seine Rede schon beendet.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]: Das war aber erbärmlich! Nur gut, daß die Öffentlichkeit nicht da ist!)

Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Meyer-Schiffer.